



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0888 890

F/XV/113 - 17. Mai 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Besorgnis und Bestürzung</u> Nicht Öl ins Feuer gießen!	24
1 - 2a	<u>Der Donnerschlag von Paris</u> Von Günter Markschefel, z.Zt. Paris	91
5 - 4	<u>Opfer brutaler Grausamkeit</u> Von H.G. Ritzel, MdB	59
5	<u>Adenauers Redeformung ging nicht auf</u> Nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg	48
6 - 7	<u>Soll Europa abgehaut werden?</u> Von Hans Wendenbergh, z.Zt. Straßburg	61

* * *
* * *

Besorgnis und Bestürzung

sp * Die Vorgänge in Paris haben ein solches Stadium der Dramatik erreicht, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt niemand sagen kann, ob wir nicht in einer halben Stunde oder vielleicht am Abend vor einer völlig neuen Situation stehen werden. Unterstellt man, daß Chruschtschow seine neuerliche Drohung wahr macht und heute nachmittag Paris verläßt, wenn Eisenhower auf seine Bedingungen nicht eingeht, dann kann man eine solche Nachricht nur mit Bestürzung und Sorge zur Kenntnis nehmen. Auch die Ankündigung, bei seinen "Freunden", Ulbricht und Grotewohl, Station zu machen, enthält beunruhigende Elemente.

Kein Zweifel, alle Menschen, die auf eine Entspannung gehofft haben, sehen sich grausam enttäuscht. Eine der wenigen Chancen der letzten Zeit, zur Entspannung zu kommen, ist vergebend. Die ganze Menschheit ist nun wieder in Sorge und Unsicherheit gestürzt worden.

Es ist nicht deutsche Sache, in einer solchen Situation Öl ins Feuer zu gießen, aber die aktiv Handelnden müssen sich darüber im klaren sein, daß das Spiel mit dem Feuer nicht nur eine Seite trifft.

Was immer aber auch die nächsten Stunden und Tage bringen werden, wenn die Situationseffekte vorüber sind, steht die Welt weiter vor der Frage, ob sie durch diese Art der Politik sich gegenseitig unbringen oder die Vernunft walten lassen will. Dabei sollte man bedenken, daß diese Welt, von der wir sprechen, nicht nur aus den sogenannten Großen Vier besteht, sondern daß auch noch Asien und Afrika ein Wort mitzusprechen haben. Uns bleibt im gegenwärtigen Zeitpunkt nur eine Aufgabe, zur Mäßigung und Vernunft zuzuraten.

+ + +

Der Donnerschlag von Paris

Von Günter Markscheffel, zur Zeit Paris

Die dramatischen Stunden des Beginns der Gipfelkonferenz am Montag werden lange im Gedächtnis der meisten Menschen haften bleiben, die von dem Treffen der "Großen Vier" eine Lockerung der Spannungen in der Welt erhofft hatten. Sicher wird man in der Bundesrepublik Deutschland mehr als woanders darüber enttäuscht sein, daß der mühselige Prozeß der Liquidierung des zweiten Weltkrieges jetzt unterbrochen zu sein scheint und die Probleme zwischen Ost und West wieder mit ihrer ganzen Wucht die Welt belasten.

Gibt es eine Erklärung für das Vorgehen Chruschtschows, der durch seine Rede am Montag die Welt wissen ließ, unter welchen Voraussetzungen die Sowjetunion zur Fortsetzung der Verhandlungen bereit ist? Rätsel über Rätsel türmen sich auf, Fragen und Spekulationen bestimmen die Atmosphäre in Paris.

Die Argumente des Westens

Auf westlicher Seite ist man geneigt, das Verhalten von Chruschtschow mit Schwierigkeiten zu erklären, die der Krenlchof nicht nur im Zentralkomitee der KPdSU, sondern auch bei einigen Staaten des Ostblocks -

vor allem in Peking - haben soll. Man sagt, schon seit langem werde Chruschtschow von radikalen Elementen gedrängt, die Politik des Lächelns aufzugeben und das ganze militärische und politische Gewicht der Sowjetunion bei Verhandlungen mit dem Westen in die Waagschale zu werfen. Ob das richtig ist, wer vermag es zu sagen? Vieles deutet daraufhin, daß Chruschtschow tatsächlich von Militärs und alten Stalinisten argwöhnisch betrachtet wird und aus diesen Gründe - gewissermaßen durch einen Sprung nach vorn - das Bild einer drohenden Sowjetunion wiederherstellen wollte.

Es gibt auch die Überlegung, Chruschtschow habe deshalb so "aufgedreht", weil er abtasten wollte, inwieweit die Solidarität seiner westlichen Verhandlungspartner Bestand hat. Tatsache ist, daß Engländer und Franzosen von ersten Augenblick der durch Chruschtschow geschaffenen Situation an bemüht waren, die Gipfelkonferenz zu retten oder ihr wenigstens einen provisorischen Abschluß zu verschaffen, der die spätere Wiederaufnahme von Verhandlungen ermöglicht.

Aber es darf nicht verkannt werden, daß die Vereinigten Staaten, obwohl sie in Paris brüskiert worden sind, sich bemühten, Brücken zu bauen, durch Eisenhower ihren Willen bekundeten, die Konferenz trotz allem nicht zum Scheitern zu bringen. Chruschtschow hatte kein Gehör für dieses Angebot.

Vielleicht sieht man in Paris und London weniger auf das Prestige als in Washington und Moskau. Einnütigkeit herrscht bei den westlichen Verhandlungspartnern in der Verurteilung der Methode Chruschtschows, durch die das Ost-West-Verhältnis wieder auf eine Politik des "Entweder-Oder" zurückgeführt wurde.

Chruschtschow und die Sowjets können auch nicht damit rechnen, daß ihr Verhalten am Montag in der nichtkommunistischen Welt auf Verständnis oder gar Sympathie stößt. Selbst die Beobachter neutraler Staaten, die hier am Rande der Pariser Konferenz sehr zahlreich zu finden sind, lassen erkennen, wie wenig Moskau dazu beigetragen hat, die Lösung der Weltprobleme zu erleichtern.

Was sagen die Sowjets?

Bei der Delegation der Sowjetunion ist nur mit Mühe zu erfahren, was sich Chruschtschow bei seiner brüsken Intervention gedacht haben mag und welche Vorstellungen bei ihm im Blick auf die weitere Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses bestehen.

Vorherrschend scheint ein Gedanke zu sein: In einigen Monaten ist Eisenhower nur noch ein Präsident a.D. und pensionierter General. Vereinbarungen, die jetzt vielleicht mit ihm getroffen werden könnten, müssen nicht unbedingt von seinem Nachfolger eingehalten werden. Aber noch etwas anderes scheint die Haltung der Sowjets zu bestimmen, Sie sind zutiefst verärgert über das Verhalten der Westmächte gerade in den letzten drei Wochen. Die NATO-Verhandlungen in Istanbul und nicht zuletzt der Luftzwischenfall in der Sowjetunion sowie die daran anschließend abgegebenen amerikanischen Erklärungen - all' dies zusammen stellt sich den mißtrauischen Sowjets als eine Art "westliche Verschwörung" dar, die in ihren Überlegungen umso schwerer wiegt, als sie zur gleichen Zeit aufgetaut wurde, da hohe amerikanische Beamte in Moskau weilten, um über den Besuch Eisenhowers in der Sowjetmetropole zu verhandeln.

In diesem Zusammenhang gesehen wird von den Sowjets der Eisenhower-Vorschlag, man solle eine UNO-Inspektion zur Luftkontrolle einrichten, sogar als "Provokation" betrachtet. Sowjetische Diplomaten erklären dazu: Die Spionageflüge über der Sowjetunion sind eine flagrant Verletzung der UNO-Charta; was soll man also davon halten, wenn Eisenhower jetzt die UNO ins Spiel bringt?

Wie man sieht, ist natürlich auch die sowjetische Argumentation über das Verhalten von Chruschtschow einseitig. Sie wurde hier lediglich wiedergegeben, um das Bild abzurunden, will man die kommende Entwicklung einigermaßen richtig beurteilen.

Und Deutschland ?

Daß unter diesen Umständen von der Deutschland-Frage und Berlin bis jetzt nicht ein Wort gesprochen wurde, dürfte erklärlich sein. Offiziell halten die Westmächte ihren "Friedensplan" aufrecht, den sie zu Beginn der Genfer Außenministerkonferenz im Sommer vergangenen Jahres den Sowjets als Verhandlungsgrundlage angeboten hatten. Auch in der Berlin-Frage hat sich bei den Westmächten nichts geändert. Aber dieser ganze Fragenkomplex ist kaum reif zu irgendwelchen Verhandlungen; es sei denn, man stünde noch heute oder in den nächsten Tagen vor einer völlig neuen Situation.

Opfer brutaler Grausamkeit

Von H.G. Ritzel, MdB

Der Deutsche Bundestag hat während der dritten Beratung des Bundeshaushaltes 1960 auf sozialdemokratischen Antrag einstimmig beschlossen, den noch Lebenden polnischen Frauen und Mädchen, die in der Hitlerzeit als militärische Versuchsobjekte dienen mußten und schwere gesundheitliche Schäden erlitten, unverzüglich eine angemessene Entschädigung zukommen zu lassen. Er hat die Bundesregierung ersucht, eine entsprechende Regelung im Benehmen mit dem Ausschuß für Wiedergutmachung und dem Haushaltsausschuß des Bundestages vorzunehmen.

Es handelt sich um die mißhandelten und gequälten Frauen aus dem Konzentrationslager Ravensbrück, die in die Schandgeschichte der Hitlerzeit als die "Ravensbrücker Lapins" eingegangen sind. Dieses Lager war berüchtigt wegen seiner Sulfonamide-Experimente. Ein SS-Brigade-Führer, Professor Dr. Gebhardt, eine Ärztin und mehrere Ärzte - genannt werden die Namen Herta Oberheuser, Fritz Fischer, Rolf Rosenthal und Dr. Schiedlausky - haben von Juli 1943 bis September 1943 an polnischen Mädchen Serien-Versuche vorgenommen, über die es in den später zustande gekommenen Protokollen heißt, daß diesen Mädchen absichtlich Wunden beigebracht wurden, die mit Bakterien wie Streptokokken, Gasbrand und Tetanus infiziert wurden. Die Blutzirkulation wurde durch Abbinden der Blutgefäße an beiden Seiten der Wunden unterbrochen, die Infektion wurde durch das Einlassen von Holzspänen und Glassplintern in die Wunden verschlimmert. Viele Mädchen starben an den Folgen dieser Experimente, andere erlitten für ihr ganzes Leben ernste Schäden und schwere Qualen.

In einem der mir vorliegenden Berichte heißt es, daß von 79 ursprünglich gesunden, wohlgebauten Mädchen zwischen 14 und 25 Jahren, katholischen Mitgliedern der polnischen Widerstandsbewegung, 53 den berüchtigten Experimentierblock des Konzentrationslagers Ravensbrück überlebt haben. Sie wurden verunstaltet, vergiftet,

sterilisiert, mit unheilbaren Leiden, gestörten Nervensystemen, mehrfach gebrochenen Beinen und tiefen seelischen Wunden unglückselige Opfer eines verruchten Systems. Viele haben ein Herzleiden davon getragen oder Tuberkulose, Knochenmarkentzündungen, pernisiöse Anämie, Hypertension und reaktive Neurosen. Ein normales Leben ist diesen Menschen nicht möglich. Man nennt sie die "Ravenstrücker Lapins" - Versuchskaninchen.

29 dieser Opfer wurden bis jetzt nicht entschädigt und zwar hat das Bundesfinanzministerium vor Jahren einmal je 1 000 Dollar zur Verfügung gestellt. Der Betrag steht noch heute auf einem Konto in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Das einstimmige Ersuchen des Deutschen Bundestages an die Bundesregierung und die Einschaltung zweier Ausschüsse bedeuten, daß nun endlich diesen gequälten Menschenkindern Hilfe werden soll.

Fast 20 Jahre nach dem über sie hereingebrochenen Leid ist es höchste Zeit, hier wiedergutzumachen, was irgendwie wiedergutmacht werden kann. Zwar kann kein Mensch den Frauen ihre zerstörte Gesundheit wiedergeben und die Qualen vergessen machen, die sie erlebt haben, aber die menschliche Gemeinschaft und in diesem Falle die Bundesrepublik als die moralische Trägerin einer Wiedergutmachungspflicht für die Untaten des verruchten Nazi-Regimes hat die Verpflichtung, hier wenigstens durch materielle Zuwendungen und durch die Finanzierung von Krankenhausaufenthalten in Krankenhäusern, die sich die Frauen selbst auswählen müssen, alles zu tun, was möglich ist, um im wahrsten Sinne des Wortes, Qualen, Leiden und gesundheitliche Schädigungen wenigstens materiell wiedergutzumachen.

Der Fall der "Ravenstrücker Lapins" sollte für das deutsche Volk eine Mahnung sein, die grauenhaften Untaten der Vergangenheit nicht zu vergessen und eine Verpflichtung, mit wachen Sinnen dafür zu sorgen, daß sich derartiges niemals mehr wiederholt.

Adenauers Rechnung ging nicht auf

H.D. - Die SPD hat in Baden-Württemberg ihr Wahlziel erreicht. Die CDU hat die Wahl verloren. Ihr ist der Sprung zur alleinigen Mehrheit nicht gelungen. Ganz im Gegenteil. Sie mußte auch fünf Mandate an die SPD abgeben. Die Rechnung Konrad Adenauers ist nicht aufgegangen. Die Bevölkerung von Baden-Württemberg will sich nicht gleichschalten lassen. Das ist die klare Entscheidung der Wähler. Eindeutig ist der Vertrauensbeweis für die SPD. Mit 44 Mandaten gegenüber bisher 36 wird sie im neuen Landtag ihre Politik mit größerem Gewicht fortsetzen können.

Auch die FDP/DVP holte sich eine Abfuhr. Die Wähler haben ihr die Anbiederung an die CDU übelgenommen. Die Wahlabsprache mit der CDU, die zwar Dr. Reinhold Kaier in den neuen Landtag verholfen hat, weil die CDU in diesem Wahlkreis auf einen eigenen Kandidaten verzichtete, hat sich nicht bezahlt gemacht. Im neuen Landtag hat sie statt 21 nur noch 18 Mandate. Tapfer geschlagen hat sich der BHE. Er konnte seinen Stimmenanteil leicht verbessern und sich die sieben Mandate erhalten. Eine Enttäuschung erlebte die Deutsche Partei. Ihr Optimismus, genährt durch ihre Allianz mit der badischen Volkspartei in Baden und mit dem Bauern- und Weingärtnerbund in Württemberg, ist ins Wasser gefallen. Sie wird endlich einsehen müssen, daß sie in Baden-Württemberg keine Resonanz findet. Ärgerlich drohte die DP mit einer Wahlanfechtung. Noch ist fraglich, ob sie diese Drohung wahr machen wird. In den Landtag kommt sie deswegen doch nicht.

Die Wähler haben entschieden. Nun haben die Abgeordneten das Wort. Die Legislaturperiode des neuen Landtags beginnt am 1. Juni. Spätestens 16 Tage danach muß er zum erstenmal zusammentreten. Dann beginnt seine Arbeit. Schon heute fragt sich die Bevölkerung, wie die neue Regierung aussehen wird. Kurt Georg Kiesinger, der bisherige Regierungschef, wird es schwer haben. Sein Prestige hat durch den Wahlausgang gelitten. Zunächst sieht es so aus, als ob für die Regierungsbildung weniger Möglichkeiten vorhanden sind, als sich rein arithmetisch aus dem Wahlausgang ergeben. Aber mit der Regierungsbildung eilt es nicht. Nach der Landesverfassung haben die Abgeordneten drei Monate Zeit. Erst dann muss die Regierung gebildet und bestätigt sein.

Die CDU zog in den Wahlkampf mit dem Ziel, die alleinige Mehrheit zu erreichen. Das ist ihr mißglückt. Die FDP wurde, je näher der Wahltag kam, umso wankelmütiger. Sie möchte dabei sein, um jeden Preis. Wie die Koalitionsverhandlungen ausgehen, ist noch völlig offen.

"Noch ist die CDU mit 31 Mandaten trotz aller Verluste die stärkste Partei. Es bleibt abzuwarten, wie sie bereit ist, unseren stärkeren Stimmenanteil bei den Verhandlungen um die Regierungsbildung zu respektieren." Mit diesen Worten hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Dr. Alex Moeller, den augenblicklichen Standpunkt seiner Partei fixiert. Die CDU braucht nach dem Wahlausgang offensichtlich etwas Ruhe, um ihre parteiinternen Differenzen zu bereinigen. Die Wahl vom 15. Mai war für sie ein schwerer Schlag.

Soll Europa abgebaut werden?

Von Hans Vandenberg, z.Zt. Strassburg

Von den üblichen Reden im Europäischen Parlament wohltuend abweichende Ausführungen machte auf der Mai-Tagung in Strassburg der Präsident der Euratom-Kommission, der Franzose Etienne Hirsch. Dieser Mann, der vor seiner Berufung in die Euratom-Exekutive als Chef des staatlichen französischen Planungskommissariats die französische Wirtschaftspolitik entscheidend mitgestaltet hatte, bestach durch eine realistische und nüchterne Betrachtungsweise, die wir insbesondere den christdemokratischen Europa-Politikern zur Beachtung empfehlen, die in Strassburg zwar immer laut von "Europa" reden, aber über ihre eigenen Regierungen und in ihren nationalen Parlamenten wenig tun, um zu einer Realisierung dieser von ihnen eifrig propagierten europäischen Idee der Integration zu gelangen. So stellte Etienne Hirsch dazu fest, "daß die Regierungen in gewissen Fällen noch dazu neigen, ihre Standpunkte zu Fragen, die wir an sie herantragen oder die für uns von Interesse sind, ohne unsere Teilnahme miteinander abzustimmen. Dies zeigt, daß noch viel getan werden muß, um Verständnis dafür zu erwecken, daß es sich bei den Exekutivorganen nicht um eine fremde - oder gar feindliche - Macht handelt, sondern daß sie von der Gesamtheit der Mitgliedstaaten geschaffen worden sind und zu ihnen gehören, ebenso wie umgekehrt die Mitgliedstaaten einen Teil der Gemeinschaft bilden."

Wenn eine solche Feststellung, zehn Jahre nach dem europäischen Einigungsauftrag Robert Schumans, noch getroffen werden muss, dann dürfte sich darin der mangelhafte Wille der nationalen Regierungen zur echten Integration deutlich genug dokumentieren.

Mit besonderer Deutlichkeit, die man ansonsten von Mitgliedern der drei europäischen Exekutivorgane (EKG-Kommission, Euratom-Kommission und Hohe Behörde der Montanunion) nicht gerade gewöhnt ist, stellte Hirsch sich auch auf den von den Sozialisten vertretenen Standpunkt, "so bald wie möglich in geeigneter Weise auch ein

einziges "Exekutivorgan" zu errichten. Er appellierte an die europäischen Parlamentarier, bei diesen Bemühungen entscheidend beizutragen und versicherte ihnen seine und seiner Kollegen Unterstützung. Allerdings machte Hirsch in diesem Zusammenhang jene Einschränkung, die insbesondere wieder den Christdemokraten nicht gerade sympathisch sein dürfte: Hirsch tritt nämlich grundsätzlich für die Beibehaltung aller Befugnisse der einzelnen Exekutivorgane, so wie sie ihnen durch die einzelnen Verträge übertragen worden sind, ein. Demgegenüber stehen die immer offensichtlicher werdenden Bemühungen einzelner Regierungen, die relativ weitgehenden Befugnisse und supranationalen Rechte der Hoher Behörde aufzufangen und sie auf die weniger weitgehenden Befugnisse der EWG-Kommission zu reduzieren. Es ist auch kein Geheimnis geblieben, daß Kreise der deutschen Montanindustrie diese Absichten in Bonn stark forcieren.

Auch in der Frage des gemeinsamen Sitzes aller drei Exekutiven und ihrer Verwaltung ließ Hirsch nicht locker. Er betonte ausdrücklich diese Notwendigkeit des gemeinsamen Sitzes vor dem Europäischen Parlament und dürfte damit bei den Parlamentariern wenig gute Erinnerungen geweckt haben: Trotz mehrfacher Diskussionen und Abstimmungen schon vor längerer Zeit, entschieden sich die Europa-Parlamentarier bisher genau so wenig für einen gemeinsamen Sitz wie der in letzter Konsequenz dafür entscheidende Ministerrat.

Neben diesen stark politisch akzentuierten und auf eine stärkere Integrationspolitik gerichteten Bemerkungen nahm der Präsident der Euratom-Kommission auch Stellung zur wirtschaftlichen Entwicklung Europas und warnte davor, durch eine Verzögerung der europäischen Integrationspolitik sich der Gefahr auszusetzen, von den USA und der Sowjetunion wirtschaftlich völlig überrundet zu werden. Etienne Hirsch betonte: "Die vor zehn Jahren in Erscheinung getretene Notwendigkeit Europa zu schaffen, ist heute zwingender denn je."

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel